Donnerstag, 21. Oktober 1926 · 74. Jahrgang Nr. 497

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 50 Pfennig im voraus zahlbar, durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 40 Pfennig, für kleine Anzeigen das Wort 25 Pfennig, das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Str. 46–49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 292 bis 3440; für den Fernverkehr Nr. 42–47 bis 4200. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67–68, Wiener Straße 1–6, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Greifswalder Straße 197, Kochhannstraße 8, Frankfurter Str. 126. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Straße 79, Feuntz. 1, Müllerstraße 135, Badestraße 61, Königstraße 56–57, Rosenthaler Straße 40, Rathenower Str. 3, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 68, Friedrichstr. 8, Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, Kantstr. 54, Scharnhorstr. 30, Nürnberger Str. 25–26, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 12, Halensee-Grunewald: Hohenzollerndamm 1, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1–2, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermann-Str. 46–48, Kaiser-Friedrich-Str. 247–48, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berliner Str. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Krullestr. 7, Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 89, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 21–23, Oppeln: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Str. 28, Spandau: Breite Str. 17, Stettin: Mönchenstr. 21.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Fort mit den Wirtschaftsschranken!

Die Aktion der Internationalen Handelskammer — Die Denkschrift über Beseitigung der Handelsbeschränkungen — Einstimmige Annahme — Sie ist eine notwendige Ergänzung des Wirtschaftsmanifestes

Paris, 20. Oktober.

Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer trat heute zu der angekündigten Sitzung zusammen, die sich mit der Denkschrift des Ausschusses zur Beseitigung der Handelsbeschränkungen befaßt. Die Beschlüsse dieses Ausschusses, die von großer Bedeutung sind, wurden vom Verwaltungsrat einstimmig angenommen und werden in den Bericht mit aufgenommen werden, den Sir Arthur Balfour im Namen der Internationalen Handelskammer dem vorbereitenden Ausschuß der Weltwirtschaftskonferenz unterbreiten wird. Sie legen die Heilmittel dar, die in den Augen der Geschäftswelt notwendig sind, wenn man einen wahrhaften Zusammenbruch der Wirtschaft vermeiden will.

Die Denkschrift befaßt sich zunächst mit der **Behandlung der Ausländer** und verlangt, daß diese in allen Ländern die gleichen Rechte wie die Einheimischen genießen, und daß die **Paßvisa abgeschafft werden,** da diese den Handel und Touristenverkehr behindern. In bezug auf den Eisenbahnverkehr wird die Standardisierung des rollenden Materials, die allgemeine Durchführung des 24-Stunden-Tages für alle Fahrpläne, Vereinfachung und Gleichmäßigkeit der Dienstvorschriften und Formalitäten gefordert. Auf dem Gebiete des Schiffsverkehrs wünscht die Denkschrift, daß die Länder ohne Verzug das Völkerbundsabkommen, betreffend die Freiheit der Häfen, ratifizieren, und daß dieses Abkommen so angenommen wird, daß alle Flaggenvorrechte abgeschafft werden. Bei dieser Gelegenheit lenkt die Denkschrift die Aufmerksamkeit auf die Einschränkungen, unter denen die Schiffahrt auf der Donau leidet. Für den Luftverkehr wird verlangt, daß dieser von allen Hemmungen und Formalitäten befreit wird, die seine Entwicklung beeinträchtigen könnten. Ferner werden Lösungen für die finanziellen Probleme, besonders für die Preis- und Kreditfragen vorgeschlagen. In bezug **auf den Warenaustausch verlangt der Ausschuß freien Verkehr der Rohstoffe und Abschaffung aller Zoll- und Ein- und Ausfuhrbeschränkungen.** Als Gegenleistung sollen die Länder die Rohstoffe importieren, eine bevorzugte Zollbehandlung für Fertigfabrikate der Länder gewähren, welche die Rohstoffe exportieren.

Dann beschäftigt sich die Denkschrift des Ausschusses mit den **Zollschranken, die als das ernsteste Hindernis für den internationalen Handel bezeichnet werden.**

Der Ausschuß verurteilt die scharfen Tariferhöhungen. Weiter wendet sich die Denkschrift gegen die Wertzölle, die schwer anzuwenden sind; außerdem die geheime Konzession von Vorrechten an einzelne Länder erleichtern und Verfahren nach sich ziehen, deren Wirkung die maßlose Erhöhung der gesetzlichen Zölle ist.

Ein Unterausschuß hat ferner die **Frage der internationalen Industrieabkommen** geprüft. Der Bericht befürwortet den Abschluß solcher Abkommen und empfiehlt ihre Ausdehnung. Der Bericht fügt hinzu, daß die Ausdehnung von internationalen Industrieabkommen auch dazu beitragen wird, die Zollschranken zu durchbrechen und den Weg für umfassende Wirtschaftsabkommen zwischen den Nationen frei zu legen. Die internationale Handelskammer wird all diese Abkommen registrieren und ein vollständiges Verzeichnis über ihren Mitgliederbestand und ihre Wirkungen auf die Preisbildung einrichten.

Schließlich hat der Ausschuß in seiner Denkschrift die **Schaffung einer ständigen Zoll- und Handelskommission** verlangt, die **unter dem Schutz des Völkerbundes** stehen soll. Das Statut dieser ständigen Organisation müßte eine engere und dauernde Zusammenarbeit mit der internationalen Handelskammer sicher stellen, welche die berufene Vertreterin der Geschäftswelt ist.

Der Verwaltungsrat der internationalen Handelskammer hat sich in der Vormittagssitzung außerdem mit dem Wirtschaftsmanifest beschäftigt. Einer der Unterzeichner, Duchemin, verlas einen Kommentar, den die französischen und italienischen Unterzeichner dem Manifest beigefügt haben. Auf Vorschlag des Vorsitzenden der deutschen Gruppe, v. Mendelssohn, der dabei von Clementel unterstützt wurde, hat der Verwaltungsrat festgestellt, daß **zwischen den Prinzipien dieser Kundgebung und denen, welche die Politik der internationalen Handelskammer stets inspiriert haben, Uebereinstimmung besteht.** Die Denkschrift des Ausschusses zur Beseitigung der Handelsbeschränkungen müsse als die Auslegung angesehen werden, welche die internationalen Geschäftskreise dem Wirtschaftsaufruf geben.

*

Während das Weltwirtschaftsmanifest sich lediglich für volle Wirtschaftsfreiheit ausspricht, jedoch keinerlei konkrete Einzelvorschläge zur Erreichung dieses Zieles macht, gibt die Denkschrift der Internationalen Handelskammer die Wege an, auf denen die Beendigung des Wirtschaftskrieges und das Wiederaufblühen zum wenigsten des Handelsverkehrs zwischen den Nationen erreicht werden kann. Diese praktischen Vorschläge geben dem Beschluß der Internationalen Handelskammer seinen besonderen Wert. Auch hier darf freilich nicht übersehen werden, daß es sich lediglich um Forderungen und Wünsche der internationalen Geschäftswelt handelt, deren Verwirklichung, so notwendig sie erscheint, von den politischen Faktoren der einzelnen Länder und des Völkerbundes abhängt.

Schnelldienst

Nach den bisherigen Feststellungen sind 408 324 Stimmen für das Alkoholverbot in Norwegen und 519 878 dagegen gezählt worden.

Der Reichspräsident hat sich gestern abend nach Bremen begeben, um einer Einladung des Senats zum Besuche der Freien Hansestadt Bremen Folge zu leisten.

In Prag haben gestern Vorverhandlungen innerhalb der tschechoslowakischen Eisenindustrie über den Beitritt zum internationalen Eisenkartell begonnen.

Der König von England unterzeichnete einen Erlaß, durch den der wegen der Krise im Kohlenbergbau verhängte Ausnahmezustand für die Dauer eines weiteren Monats verlängert wird.

Der französische Botschafter de Margerie ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

In einem Manifest kündigt der „christliche" General Fengjuhsiang an, daß er den Oberbefehl über die chinesischen Volksarmeen übernommen habe.

Seipels Wiederkehr

Der Kampf um die Macht in Oesterreich

Von

Bruno Frei (Wien)

Der Rücktritt der Regierung Ramek hat eine Krise zur Auslösung gebracht, die nun schon seit vielen Wochen andauert. Schon seit vielen Wochen wartete der Bundeskanzler auf einen günstigen Augenblick um vorteilhaft durch die Mitte abtreten zu können, ohne der sozialdemokratischen Opposition den Triumph eines Sieges zu bieten. Schon seit Wochen steht es fest, daß dieses sogenannte „Länderkabinett, dem Führer der Christlichsozialen Partei Dr. Seipel den Platz räumen muß. Aber es schien unmöglich, den Sozialdemokraten den Gefallen zu erweisen, das Kabinett mitten in der Schlacht abzuberufen. Furchtbar hagelten die Geschosse der Opposition gegen die Christlichsoziale Partei. Bis tief in die Reihen des Bürgertums geht das Entsetzen und der Abscheu vor dem moralischen Sumpf, den die Untersuchung des Parlaments im Zusammenhang mit der Zentralbankangelegenheit aufgedeckt hat. Ramek's Kabinett mußte gehen; aber weil es allzuklar war, daß es gehen mußte, konnte es nicht gehen. Also lebte es, weil es nicht sterben konnte, als lebender Leichnam weiter bis der Abbruch der Lohn- und Gehaltsverhandlungen mit den Staatsbeamten den lange gesuchten Vorwand schuf, um mit Ehren zu scheiden.

Die Bundesbeamten tragen die schwerste Last der Sanierung, denn ihre Rechte waren stets die ersten, die dem Herrn Generalkommissar geopfert werden mußten. Nun, da die Sanierungskontrolle glücklich vorüber ist, erheben sie Forderungen, wie z. B. die nach einem Mindestgehalt von 170 Schilling (das sind 100 Mark). Die Regierung beantwortete diese Forderung mit der Demission. Dr. Ramek geht im Schatten der Streikdrohung der Bundesangestellten, genau wie vor zwei Jahren Dr. Seipel ging im Schatten des Eisenbahnerstreiks.

Dr. Ramek wird von Dr. Seipel abgelöst. Was bedeutet dieser Szenenwechsel? Ist es nur ein Austausch des Regierungschefs? So mag es dem Nichtunterrichteten scheinen, da doch die gleiche Parteienverbindung, nämlich die christlichsozial-großdeutsche Koalition am Ruder bleibt. Und doch ist dieser Regierungswechsel, der sich unter dem Gestank des größten Finanzskandals der Republik vollzieht, im Lichte der realen Tatsachen gesehen, von der denkbar größten Bedeutung.

Was die Untersuchung an Schmutz und Korruption, an Dummheit und Verbrechen zum Vorschein gebracht hat, würde in jedem Lande genügen, die schuldige Partei zu vernichten. Hier führt sie zur Wiederauferstehung ihres stärksten Führers, zur Uebernahme der Macht durch Dr. Seipel. Dieses Paradoxon muß aufgeklärt werden. Dr. Seipel hatte die Christlichsoziale Partei auf eine völlig neue Grundlage gestellt gehabt. Er war es, der die Kapitäne jüdischer Großbanken und die getauften Ritter des Industriellenverbandes in den Beratungssaal jener Christlichsozialen Partei einführte, die von Dr. Karl Lueger zur Bekämpfung dieses Großbürgertums ins Leben gerufen wurde. Die Christlichsoziale Partei, wie sie Dr. Seipel haben will, ist die Conservative Party Oesterreichs: das einzige Sammelbecken aller antidemokratischen und antisozialistischen Tendenzen der Gesellschaft.

Im November 1924 wurde Dr. Seipel gestürzt. Wer stürzte ihn? Die sozialdemokratische Opposition? Nein. Die Frondeure in seiner eigenen Partei, die Christlichsozialen aus der Provinz, die Rintelen, Ahrer, Gürtler und Ramek. Die Provinzpaschas der Christlichsozialen Partei verdrängten den Wiener Flügel unter der Führung Seipels von der Bundestruppe.

Zwei Jahre dieser Provinzherrschaft gingen über Oesterreich hinweg. Wir wußten nicht genau, um was es sich handelte. Die sozialdemokratische Inquisition in der Zentralangelegenheit mußte kommen, um das Geheimnis dieser Provinzregiererei zu entdecken.

Mannigfach sind die Wege, auf denen die Nationalbank, die Postsparkasse, das Finanzministerium helfend einsprangen,

Külz im Wahlkampf

Für Zusammenfassung der politischen Kräfte

Dresden, 20. Oktober.

Der Wahlkampf in Sachsen ist in vollem Gange. In einer Wahlversammlung der Demokratischen Partei sprach heute Reichsinnenminister Dr. Külz.

Er meinte u. a.: Soweit man blicken könne, mache sich überall ein starker Drang zur Zusammenfassung der politischen Kräfte bemerkbar. Welche greifbaren Resultate sich aus den verschiedenen Sammlungsrufen ergeben würden, stehe dahin; nur das eine stehe fest: je stärker und weitausgreifender die Zusammenfassung der politischen Energien in Einzelstaaten und Reich ist, um so schneller und gründlicher wird das erreicht werden, wonach sich das deutsche Volk sehnt und worauf es einen Anspruch hat: positive und praktische Arbeit der Regierungen und der Parlamente zum Aufbau und Ausbau unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Die Parteien der Mitte seien der Kristallisationspunkt dieser Arbeit. Jede Unterstützung, ob sie von rechts oder links komme, sei gleich wertvoll.

Es wird Aufgabe derjenigen Parteien sein, die Träger des demokratischen und republikanischen Gedankens sind, **stärker noch wie bisher moralische Eroberungen für den neuen deutschen Staat zu machen.** Das ist allein möglich durch eine Politik des Ausgleichens und der Versöhnung im Innern, der Verständigung nach außen, der Wirtschaftsförderung im Innern und im Weltwirtschaftsverkehr, der Kulturförderung und der Festigung des Deutschtums. Im Verhältnis zwischen Reich und Ländern sei für die nächste Zeit das Zentralproblem der Finanzausgleich.

*

So angenehm die Ausgleichs- und Versöhnungsperspektiven des Reichsinnenministers anmuten mögen — der Standpunkt, eine Unterstützung des jetzigen Minderheitskabinetts von rechts her sei ebenso wertvoll wie eine solche von links, verdirbt uns den ästhetischen Genuß beträchtlich!

MacDonald geht in die Wüste. Der frühere englische Ministerpräsident Ramsey MacDonald hat einem Vertreter des Pariser „Quotidien" über seine geplante Afrikareise erklärt, daß sie ungefähr sechs Wochen dauern werde. Er habe die Absicht, eine Autotour durch die südliche Sahara zu machen und über Tunis zurückzukehren.

Hollands unberechenbarer Gast

Man fürchtet eine Ueberrumpelung durch Ex-Wilhelm

Im Haag, 20. Oktober.

Die Meldungen über die Rückkehrabsichten des Exkaisers haben in den Niederlanden eine gewisse Nervosität hervorgerufen. In politischen Kreisen befürchtet man, daß der Exkaiser trotz seines vor längerer Zeit gegebenen Versprechens, die Niederlande nicht ohne vorherige Mitteilung an die zuständigen Stellen im Haag zu verlassen, eines Tages Holland vor eine vollendete Tatsache stellen könne.

Das „Algemeen Handelsblad" hält es für nicht ausgeschlossen, daß die Meldungen über die Rückkehrabsichten des Exkaisers von Doorn selbst als Versuchsballon, um die Stimmung in Deutschland und im Ausland zu erfahren, lanciert worden seien.

Noch immer Deutschlands Abrüstung

vor der Botschafterkonferenz

Paris, 20. Oktober.

Die Botschafterkonferenz trat heute vormittag im Außenministerium unter dem Vorsitz von Jules Cambon zu einer Beratung zusammen, in der verschiedene auf die Abrüstung Deutschlands bezügliche Fragen besprochen wurden. Wie vom Quai d'Orsay mitgeteilt wird, wurden noch keine Beschlüsse gefaßt.

*

Der deutsche Botschafter Dr. v. Hoesch ist gestern nachmittag wieder in Paris eingetroffen. Ueber eine Unterhaltung mit dem Außenminister Briand steht bisher noch nichts Genaues fest.